

Nach der Niederschlagung der friedlichen Demonstrationen im November 2007 in der georgischen Hauptstadt Tbilissi trat der georgische Präsident Michail Saakaschwili von seinem Amt zurück und setzte Neuwahlen für den 5. Januar 2008 an. Es galt, sein eigenes Image wie auch das des georgischen Staates zu retten. Am 21. Mai folgten dann die Parlamentswahlen. In beiden Wahlkämpfen war offensichtlich, daß Saakaschwili und seine Partei, die Vereinigte Nationale Bewegung, die administrativen Ressourcen in ihrem eigenen Interesse extensiv nutzten. Doch es waren ungeachtet der Umstände Wahlen mit Alternativen, es gab Wettbewerb, und der Abstimmungstag verlief im großen und ganzen ruhig. Saakaschwili erzielte etwas mehr als die benötigten fünfzig Prozent und konnte so eine zweite Wahlrunde vermeiden. Und die Vereinigte Nationale Bewegung kontrolliert nun mehr als achtzig Prozent der Sitze in der georgischen Legislativen. Die internationalen Beobachter bewerteten das Wahlkampfumfeld und die durchgeführten Wahlen insgesamt als positiv, merkten allerdings eine Reihe von ernststen Vorbehalten mit Blick auf den massiven Einsatz der administrativen Ressourcen sowie die Transparenz und die Ehrlichkeit bei der Stimmentzählung an.

Das Jahr 2008 war ein schwieriges für Georgien. Nach zwei Wahlen mußten Wahlversprechen eingelöst werden, im Zuge der globalen Finanzkrise zogen sich für das Land wichtige Investoren aus der Kaukasusrepublik zurück, und die Inflation wuchs sprunghaft. Der Krieg mit Rußland im August brachte Georgien nicht nur wirtschaftliche Verluste, sondern auch eine neue Welle Binnenflüchtlinge. Im November stand das Bankensystem vor dem Zusammenbruch, nachdem Bürger und Unternehmen ihre Sparguthaben und Bankeinlagen aus dem einheimischen Bankensektor abgezogen hatten beziehungsweise in Dollar tauschten. Aber die internationale Gebergemeinschaft hat dem Land Förderung und Kredite in Höhe von 4,55 Milliarden Dollar zugesagt, deutlich mehr, als selbst die Weltbank und der IWF in ihrem „Nachkriegs“-Gutachten für nötig befunden hatten.

Wirtschaft ist politisch motiviert vor und nach dem Krieg

Vladimer Papava, Tamar Tapladse

Die wirtschaftliche Komponente der Wahlen

In beiden Wahlkämpfen standen soziale Fragen ungeschlagen im Vordergrund, insbesondere die Frage der Überwindung der Armut hatte absolute Priorität. Saakaschwili und seine Partei hatten in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes den Slogan „Ein geeintes Georgien ohne Armut“ gestellt. Auch in den Wahlkämpfen der Präsidentschaftskandidaten der Opposition und der Oppositionsparteien bei den Parlamentswahlen dominierten soziale Fragen.

Nachdem beide Wahlen gewonnen waren, machte sich die Regierung daran, ihre Wahlversprechen gegenüber der Gesellschaft einzulösen. Zu diesem Zweck wurden die grundlegenden Bestimmungen des auf fünf Jahre angelegten Programmes zur „Überwindung der Armut“ veröffentlicht. In dem Programm geht es aller-

dings nicht wirklich um die Ausrottung von Armut, sondern um die Halbierung derselben. Gerechtigkeitshalber sei angemerkt, daß eine relative Armut tatsächlich nicht überwunden werden kann, denn im Zuge von Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsentwicklung wird die Armutsgrenze zwar angehoben, doch unterhalb dieser Grenze wird immer ein bestimmter Teil der Bevölkerung bleiben. Da das Programm aber ein wirkliche Konzept der Armutsbekämpfung vermissen läßt, nimmt die Regierung in der Tat nicht das Ziel in Angriff, die Armut auszurotten, was, wie gesagt, ein Schlüsselement der Macht in beiden letztjährigen Wahlkämpfen war.

Im Rahmen des Fünf-Jahres-Programmes legte die Regierung einen „Fünfzig-Tage-Aktionsplan“ vor, der in den ersten fünf Monaten 2008 – von Januar bis Mai, insgesamt 152 Tage – umgesetzt werden sollte. Einige der in diesem Aktionsplan vorgesehenen Projekte zielen auf die Wirtschaftsentwicklung und in deren Folge auf die Armutsreduzierung, andere Projekte sind aus wirtschaftlicher Hinsicht und Argumentation allerdings sehr in Frage zu stellen.

Im Rahmen des Aktionsplanes wurde zum Beispiel ein sogenanntes revolutionäres Paket von Wirtschaftsgesetzen ausgearbeitet, als dessen vornehmliches Ziel verkündet wurde, Georgien in ein globales Finanzzentrum zu verwandeln: Große Finanzunternehmen, deren Tätigkeit in Georgien nicht

mehr als zehn Prozent ihrer globalen Tätigkeit ausmacht, sollten von der Besteuerung der Unternehmensgewinne befreit werden. Auch war vorgesehen, die Nationalbank Georgiens, die wichtigste Bank des Landes, signifikant umzustrukturieren, wobei sie tatsächlich der Regierung unterstellt werden sollte. Als die Inflation den Wert der gesetzlich erlaubten Jahresinflation überstieg, erlaubte dies der Regierung, die Frage der Entlassung des Präsidenten der Nationalbank im Parlament einzubringen.

Unter den geplanten Projekten zur Stimulierung der Wirtschaftsentwicklung muß die Schaffung eines Finanzierungsinstruments in Form von „günstigen Krediten“ für kleine und mittlere Unternehmen im Prinzip positiv bewertet werden. Leider läßt dieses für viele potentielle Unternehmensgründer beziehungsweise am Anfang ihrer Geschäftstätigkeit stehende Personen so wichtige Projekt die notwendige Transparenz vermissen. Und mehr noch. Die Entscheidung über die Vergabe eines solchen zinsgünstigen Kredits wird nicht über ein damit von der Regierung beauftragtes Kreditinstitut getroffen, sondern die Regierung selbst entscheidet jeden einzelnen Fall auf ihren Sitzungen.

Der Aktionsplan der Regierung sieht die Erhöhung der Renten vor, was ebenfalls ein wichtiges Wahlversprechen in beiden Wahlkämpfen 2008 war. Im April wurde eine Rentenerhöhung um 27 Prozent verabschiedet. Und ein zweites Wahlversprechen, nämlich die Erhöhung der Mindestrente auf hundert Dollar im Jahre 2009, bedeutet unter Berücksichtigung der heutigen Wechselkurse eine Verdopplung der Mindestrente.

Die folgenden beiden Projekte – nämlich die Einrichtung einer Freihandelszone im Hafen von Poti und die Ausgabe von Eurobonds, eine Staatsanleihe auf Eurokapitalbasis – müssen zu den „zweifelhaften“ Projekten des Aktionsplans gezählt werden.

Die Einrichtung einer Freihandelszone in Georgien ist keine neue Frage. Es ist eine Idee, die in erster Linie verbunden ist mit Adscharien. Aslan Abaschidse brachte diese Idee bereits fünfzehn Jahre vor der Rosenrevolution ins Gespräch, allerdings dachte er nicht an den Hafen Poti, sondern an den in Batumi. Bedenkt man jedoch, daß Georgien bereits vor zehn Jahren entschieden hat, seinen Au-

dessen entwickelt sich eine begrenzte Wirtschaft innerhalb solcher Zonen, aber nicht außerhalb. Dies wiederum behindert, wie die Erfahrungen zeigen, die allgemeine Wirtschaftsentwicklung eines Landes, statt sie zu befördern. Unglücklicherweise ist dies im Falle der georgischen Wirtschaft eine sehr reale Gefahr. Bedauerlicherweise teilt die georgische Regierung die Argumente, die gegen die Ein-

wurden. Zuerst wurde gesagt, daß das Geld dringend notwendig sei, um neue Energieprojekte umzusetzen, später wurden die Pläne offensichtlich verändert. Nun hieß es, daß das ganze Geld in den Fonds für die kommenden Generationen – dieser Fonds wurde vornehmlich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Abchasiens und Südossetiens nach deren Reintegration in Georgien aufgesetzt – und den Fonds

lamentswahlkämpfe mehrere groß angelegte Projekte in die Wege leitete, deren wirtschaftlicher Nutzen in hohem Maße zweifelhaft ist.

Herausforderungen im Nachkriegsgeorgien

Im allgemeinen hat die georgische Wirtschaft die Prüfungen im Zusammenhang mit dem Fünf-Tage-Krieg zwischen Rußland und Georgien bestanden, auch wenn sie nach und infolge des Krieges mit einer Reihe beachtlicher Schwierigkeiten konfrontiert war und ist.

Zunächst hat das Land immense direkte wirtschaftliche Verluste erlitten, dabei geht es um zerstörte Siedlungen und Infrastrukturen sowie beachtliche Umweltschäden.

Auf der internationalen Geberkonferenz, die unter Ägide der Weltbank im Oktober 2008 in Brüssel veranstaltet wurde, entschied man, 4,55 Milliarden Dollar finanzielle Hilfe für das Nachkriegsgeorgien zur Verfügung zu stellen. Davon sind zwei Milliarden Dollar Zuwendungen und die restlichen 2,55 Milliarden Dollar Kredite. Georgien wird diese Mittel in den Jahren 2008 bis 2010 erhalten, und der größte Teil soll für die Beseitigung der wirtschaftlichen Zerstörung, die Georgien durch die russische Aggression zugefügt wurde, verausgabt werden.

Im Prozeß der Beseitigung der erlittenen Schäden muß eine besondere Aufmerksamkeit auf die Überwachung gelegt werden, wie all diese Mittel, die Georgien aus unterschiedlichen Quellen erhalten wird, ausgegeben werden. Der Prozeß der Mittelausgabe muß so transparent wie nur möglich gestaltet werden.

Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen die möglichen gefährlichen Folgen, die der Krieg dem georgischen Bankensystem sowie der Stabilität des Wechselkurses der nationalen Währung zugefügt hat.

Der 11. August war der schwierigste Tag für das einheimische Bankensystem, denn



Im allgemeinen hat die georgische Wirtschaft die Prüfungen im Zusammenhang mit dem Fünf-Tage-Krieg zwischen Rußland und Georgien bestanden,

Benhandel zu liberalisieren, und daß auch in den nachrevolutionären Zeiten die Verfahren von Geschäftsregistrierungen liberalisiert wurden, ist der wirtschaftliche Nutzen einer solchen Freihandelszone in einem hohen Maße in Frage zu stellen. Zudem sind die internationalen Erfahrungen mit derlei Freihandelszonen in Ländern zu berücksichtigen, die einen Mangel an Investitionen beziehungsweise einen „Investitionshunger“ haben, der zu einem noch größeren „Hunger“ führt, da einheimische wie ausländische Investoren es vorziehen, ihre Geschäftstätigkeit – in erster Linie aufgrund der Steuerbefreiungen – in solchen Zonen anzusiedeln und nicht außerhalb. Im Ergebnis

richtung einer Freihandelszone sprechen, nicht. Sie unterzeichnete ein Investitionsabkommen mit Ras Khaimah, in welchem das Unternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten zum Entwicklungsunternehmen der Freihandelszone unweit von Poti gemacht wurde. Ras Khaimah hat zudem im Privatisierungsprozeß des Hafens Poti 51 Prozent der Aktien erworben.

Das zweite zweifelhafte Projekt im Rahmen des Aktionsplanes war im April 2008 die Ausgabe von Eurobonds in Höhe von 500 Millionen Dollar mit einer Laufzeit von fünf Jahren und mit einem Zinssatz von 7,5 Prozent. Unglücklicherweise hat die georgische Regierung keine klare öffentliche Erklärung über den Zweck beziehungsweise das Ziel abgegeben, mit dem die Auslandsschulden Georgiens um eine halbe Milliarde Dollar erhöht

für eine stabile Entwicklung – dieser wurde ausschließlich für die Verhinderung von krisenhaften Wirtschaftsentwicklungen gegründet – geleitet würden. Dann hieß es, daß die beiden Fonds nur die Hälfte der aus der Auflegung des Eurobonds erzielten Gelder erhalten würden und eine Entscheidung über die Verausgabung der anderen Hälfte zu einem späteren Zeitpunkt getroffen würde. Dies bedeutet aber, daß die Regierung entweder selbst den Zweck und das Ziel der Erhöhung der Auslandsschulden um eine halbe Milliarde Dollar nicht kennt oder aber daß sie ihre Intention vor den Steuerzahlern, die die Schulden mitsamt den aufgelaufenen Zinsen zurückzahlen müssen, verheimlicht.

Kurz zusammengefaßt kann geschlußfolgert werden, daß die Regierung im Zuge der Präsidentschafts- und der Par-

die Befürchtung eines weiteren Vordringens der russischen Okkupationsarmee veranlaßte viele Bürger und Unternehmen, ihre Spareinlagen und Bankguthaben aus den Banken abzuziehen. In nur wenigen Tagen wurde eine halbe Milliarde Dollar aus den georgischen Banken abgezogen. Einen Monat nach dem Krieg waren lediglich dreißig Prozent dieser Summe wieder in die Banken eingezahlt worden, was einer der Hauptgründe für die dann folgende Bankenkrise war.

Um den Bankencrash zu verhindern, traf die georgische Zentralbank die richtige Entscheidung, zunächst die Refinanzierungsoperationen für Geschäftsbanken zu erneuern, womit sie dem Bankensektor einen Kanal relativ günstiger Kreditressourcen eröffnete. Zugleich wurde der Zinssatz für einwöchige Spareinlagenzertifikate von zwölf auf zehn Prozent gesenkt, vornehmlich um die Banken zu entmutigen, Sicherheiten der Nationalbank zu kaufen, und die geforderten Kapitalreserven der Banken wurden von fünfzehn auf fünf Prozent gesenkt. Mit diesen Schritten rettete die Zentralbank Georgien sicher vor einem Bankencrash, trug aber gleichzeitig zum Wachstum der in Umlauf befindlichen Geldmenge bei, was wiederum die Inflation kräftig anheizte. Mit anderen Worten: Die Nationalbank hatte zwischen dem schlechten und dem schlimmsten zu wählen, und sie entschied sich für ersteres, denn der Bankencrash hätte die gesamte Wirtschaft zerstören können, während die wirtschaftlichen Probleme, die aus dieser Entscheidung folgten, in relativer Ruhe, wenn auch unter den Bedingungen einer hohen Inflation, angegangen werden können.

Die immensen sozialen Probleme der Binnenflüchtlinge aus den von der russischen Aggression betroffenen Konfliktgebieten hat die Regierung dazu veranlaßt, Fonds für neue und zusätzliche Sozialausgaben zu bestimmen. Vor

allem baut die Regierung nun Übergangshäuser für Flüchtlinge. Diese Bemühungen können auf der einen Seite, etwa durch die Schaffung einer zusätzlichen Nachfrage nach Baustoffen und Arbeitskräften, zur wirtschaftlichen Wiedergeburt des Landes beitragen, werden andererseits aber einige neue Probleme schaffen. Die Mittel, die die Regierung in die Bauindustrie fließen läßt, so notwendig sie auch scheinen mögen, werden unabdingbar und in sehr kurzer Zeit ein weiteres Ansteigen der Inflation zur Folge haben, da es der Staat ist und keine Privatpersonen oder Unternehmen, der für diese Häuser aufkommen muß. Darüber hinaus hat die Regierung angekündigt, daß sie Vouchers an die Flüchtlinge verteilen wird, damit diese Gas und Stromrechnungen bezahlen können. Jedoch wird auch dies ein Faktor sein, der die Inflation weiter

ter den Bedingungen der gegenwärtigen globalen Finanzkrise Investoren naturgemäß versuchen, in sichereren Ländern zu investieren als in Ländern wie Georgien, das von der russischen Aggression ernsthaft geschädigt wurde. Zudem treibt die globale Finanzkrise Georgier, die im Ausland leben, dazu, ihre finanzielle Unterstützung für ihre Familienangehörigen in Georgien drastisch zu reduzieren. Nimmt man das immense Außenhandelsdefizit hinzu - die Importe übertreffen die Exporte um das Vierfache -, ist klar, daß es für niemanden eine Überraschung sein konnte, daß die Wechselkursstabilität der nationalen Währung Lari heftig ins Schleudern geriet.

Nach dem Krieg mit Rußland hat der Internationale Währungsfonds Georgien eine Unterstützung von 750 Millionen Dollar für die Stützung der makroökonomischen Stabi-

für niemanden spürbare Abwertung des Lari „hinzukriegen“, indem sie durch Eingriffe auf Kosten der Währungsreserven versuchte, Einfluß auf den Währungsmarkt zu nehmen. In nur einem Monat verbrauchte die Zentralbank rund 300 Millionen Dollar ihrer Währungsreserven. Doch im Ergebnis wurde der Lari im Vergleich zum Dollar nur um 2,5 Prozent abgewertet. Am unglückseligen 7. November 2008, einem Freitag, summierte sich aber die Nachfrage der Geschäftsbanken nach Dollar plötzlich auf mehr als 31 Millionen Dollar bei einer gleichzeitigen Nullbereitstellung ihrerseits in der Zwischenbankwährungsbörse. Übrigens boten sie bereits seit rund einem Monat vor dem 7. November keine Dollar mehr an. In Antwort darauf bot die Nationalbank lediglich 270 000 Dollar zum Verkauf an und beendete dann alle Transaktio-



explodieren lassen wird. Doch die Regierung hat hier gar keine andere Wahl, und das ist es, was das Inflationswachstum so unausweichlich macht.

Ein weiteres alarmierendes Problem, das nach dem Krieg aufgetreten ist, ist der Einbruch bei den direkten Auslandsinvestitionen. Der wichtigste Grund dafür ist, daß un-

lität zugesagt - eine Zusage, die nicht über den Rahmen seiner regulären Unterstützungsprogramme hinausging. 250 Millionen Dollar wurden bereits im Herbst 2008 an die Nationalbank überwiesen.

Statt aber eine graduelle Abwertung des Lari zu erlauben, versuchte die georgische Zentralbank eine gleichsam

nen, wobei sie dies mit „technischen Problemen“ begründete.

Was danach passierte, kann nur mit allgemeiner Panik beschrieben werden. In kürzester Zeit waren alle Bankautomaten leer, und die Wechselstuben hoben den Wechselkurs zum Dollar drastisch an. Viele Wechselstuben weigerten sich

schlicht, Dollar zu verkaufen. Die Zentralbank hatte somit einen „Green bucks Friday“ für Georgien arrangiert. Die Panik hielt auch über das Wochenende an. Am Montag, als die Zwischenbankenwährungsbörse

sich als eines der wichtigsten Probleme des Nachkriegsgeorgiens.

Eine gewisse Abwertung der nationalen Währung war nach dem Krieg unabdingbar und unvermeidbar. Um aber



Bankencrash und weltweite Wirtschaftskrise stellen die georgische Wirtschaft vor große Herausforderungen

ihre Operationen wieder aufnahm, bot die Nationalbank 47 Millionen Dollar zum Verkauf und setzte in diesem Zusammenhang einen neuen Wechselkurs für den Lari zum Dollar fest. Im Vergleich zum Freitag hatte der Lari fünfzehn Prozent zum Dollar verloren. Und dann gab die Führung der Nationalbank auch noch eine Erklärung ab, daß die Ereignisse vom 7. November im voraus geplant waren. Was auch immer es war: das Ergebnis ist, daß die georgischen Bürger seit dem 7. November versuchen, ihre Lari loszuwerden, die Banken zögern beziehungsweise weigern sich, Kredite in Lari auszugeben, und die „Dollarisierung“ der nationalen Wirtschaft ist drastisch gestiegen. Vor dem Hintergrund, daß achtzig Prozent des georgischen Verbrauchermarkts von Importgütern beherrscht sind, ist klar, daß die beflügelten Preise die Inflation hochtreiben. Dies erweist

die makroökonomische Stabilität des Landes zu erhalten, ist es von existentieller Bedeutung, daß eine Abwertung graduell erfolgt, so daß eine Panik auf dem Währungsmarkt, wie die vom 7. November, vermieden werden kann. Die internationale Finanzhilfe in Höhe von 4,5 Milliarden Dollar, die Georgien 2008 bis 2010 erhält, ist eine solide Grundlage, daß ein weiterer sprunghafter Einbruch der nationalen Währung vermieden werden kann. Werden allerdings die Organisatoren dieses „Dollar-Freitags“ für ihre Entscheidung nicht wenigstens politisch zur Verantwortung gezogen, ist die Möglichkeit der Wiederholung eines ähnlichen Experiments ganz und gar nicht ausgeschlossen. Die Wiederherstellung des Vertrauens in die nationale Währung hängt in hohem Maße von einem guten Management im Prozeß der weiteren schrittweisen - Abwertung des Lari ab.

Nach dem Augustkrieg haben sich die Verhandlungen mit Brüssel über die weitere Annäherung an die EU intensiviert. Der nun vorgeschlagene

Übergang zu einem Freihandelsregime mit der EU kann ein sehr wichtiger Faktor werden, um einen stetigen Zufluß ausländischer Investitionen in die georgische Wirtschaft zu befördern. Während diese Frage in den Beziehungen mit den USA noch in einem gleichsam „embryonalen“ Zustand verharrt, sieht die EU den Übergang zu einem Freihandelsregime, wie er vom Europarat auf einer außerordentlichen Sitzung am 1. September 2008 beschlossen wurde, in hohem Maße positiv. Jedoch macht die EU ihn davon abhängig, ob Georgien alle Bedingungen erfüllt, die Brüssel im Rahmen seiner EU-Nachbarschaftspolitik gesetzt hat. Dies beinhaltet unter anderem die Annahme eines neuen Arbeitsgesetzbuches, das Arbeitnehmern die gleichen Rechte sichert, die ihnen auch innerhalb der Europäischen Union gewährleistet werden, und die Inkraftsetzung einer an europäische Standards angelehnten Gesetzgebung im Bereich der Verbraucherschutz.

Mit dem Partnerschaftsplan Ost der EU, der am 3. Dezember 2008 in Brüssel vorgestellt wurde, wandte sich die Europäische Kommission an Georgien und vier weitere postsowjetische Staaten. Vorgeschlagen werden generöse Programme der Finanzunterstützung und Freihandelsabkommen.

Wenngleich die georgische Regierung die EU-Initiative mit Blick auf das Freihandelsregime im allgemeinen begrüßt hat, wurden die von der EU als obligatorisch betrachteten Bedingungen, damit das Freihandelsregime in die Realität umgesetzt werden kann, bisher bedauerlicherweise ignoriert. Weder die Absichtserklärung der georgischen Regierung gegenüber dem IWF vom 9. September 2008 noch das Memorandum über die Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Jahre 2008 und 2009 lassen auch nur ansatzweise den Eindruck aufkommen, daß die Regierung in ab-

sehbarer Zukunft plant, das Arbeitsgesetzbuch zu ergänzen und neue Gesetze in den Bereichen Antimonopolpolitik und Verbraucherschutz anzunehmen. Anders ausgedrückt: die georgische Regierung legt nicht die geringste Eile an den Tag, die Bedingungen für den Übergang zu einem Freihandelsregime mit der EU zu schaffen.

Der Übergang zum Freihandelsregime mit der EU ist jedoch von vitaler Bedeutung für Georgien, und die Regierung sollte es tunlichst vermeiden, diese Fragen mit politischen Spekulationen zu vermischen. Bis zum heutigen Tag hat die Regierung lediglich die Illusion verbreitet, daß sie sich in irgendeiner Weise um eine Annäherung an die EU bemüht. Denn alle Bemühungen gründen lediglich auf Worten, nicht aber auf Handlungen. Tatsächlich zeigte die Regierung bislang nicht einmal die Absicht, die Anforderungen der EU zu erfüllen.

Nach dem Krieg mit Rußland wurde Tbilissi auch seitens der US-Regierung der Vorschlag unterbreitet, Beratungen zum Übergang zu einem georgisch-amerikanischen Freihandelsregime aufzunehmen. Allerdings sind diese Vorschläge noch nicht weit gediehen. Gerade deshalb scheint es von Wichtigkeit, daß die USA und die EU ihre Anstrengungen koordinieren, um die georgische Regierung vielleicht zu zwingen, reale und nachhaltige Schritte Richtung Westintegration zu tun.

Schlußendlich wird auch die Kooperation der EU mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank nicht weniger wichtig sein. Eine umfassendere Kooperation und Koordination der Programme könnten als zusätzliche Instrumente benutzt werden, einen positiven Einfluß auf die Regierung auszuüben.

Vladimer Papava, Stiftung für Strategische und Internationale Studien, Tbilissi,
Tamar Tapladse, Paata-Guguschwili-Institut für Wirtschaft, Tbilissi